

Das Lahnsteiner Tageblatt
erschint täglich ausser
Sonntag und Feiertage.
Bezugspreis
frei ins Haus 1.50 M.
monatlich, bei der Post
abgeholt 1.55 M.
Anzeigenpreis
die einspaltige Nonpareil-
zeile 20 Pfg., für Anzeigen
ausserhalb des Kreises 40
Pfg. Nach dem 1. April
Nonpareilzeile 1 M., Wie-
derholungen m. entsprechendem
Rabatt.

Lahnsteiner Tageblatt

Seit 1868

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

St. Goarshausen

Ämtliches Kreisblatt

Einziges ämtliches Verkündigungsblatt
sämtlicher Behörden und Ämter des Kreises.



Allgemeiner Anzeiger

für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingau und den westlichen Taunus.

**Abonnements und
Anzeigen**
werden entgegenommen
in Oberlahnstein in der
Geschäftsstelle Hocht. a.
sowie bei den Agenturen
in Braubach, Dachsen-
hausen, Okerp, Camp,
Kessert, St. Goarshausen,
Laub, Bornich, Weisel,
Mehlen, Nafstätten, Nie-
dern, außerdem nehmen
sämtliche Boten und Post-
anstalten Bestellungen
entgegen.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

Die Zeichen mehren sich, daß in der Sozialdemokratie eine sachlichere Behandlung landwirtschaftlicher Angelegenheiten einzutreten beginnt, verbunden mit dem noch weit wichtigeren guten Willen, die bessere Erkenntnis auch zu einer geordneten Berücksichtigung landwirtschaftlicher Bedürfnisse mittels der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis umzumünzen. Seitdem die Sozialdemokratie ausschlaggebende Regierungspartei mit all der Verantwortlichkeit einer solchen geworden ist und sich in die Notwendigkeit versetzt sieht, die drängende Aufgabe der Gegenwart, die Sicherstellung unserer Ernährung, nicht mehr auf dem Wege der Kritik, sondern durch positive Maßnahmen zu lösen, hat die früher sehr einseitige Stellung der Sozialdemokratie zum „Agrarier-tum“ eine erhebliche Wandlung erfahren. Man hat eingesehen, daß es mit dem Gesichtspunkt der agrarischen Begehrlichkeit nicht getan ist, daß vielmehr heute, da wir so gut wie ganz auf unsere eigne landwirtschaftliche Erzeugung angewiesen sind, neben der Frage der Verteilung der landwirtschaftlichen Güter als mindestens ebenso drängende, der sorgsamsten Erörterung bedürftige Aufgabe die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung getreten ist, eine Aufgabe, die, ganz abgesehen von unumgänglichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen, auch ein verständnisvolles Eingehen auf die persönliche und berufliche Eigenart des Landwirts verlangt. Daß die Erkenntnis hiervon und eine ihr entsprechende Politik nicht von heute auf morgen in Erscheinung treten konnten, versteht von selbst; sieht sie sich doch gezwungen, manches alte Schlagwort, ja wohl auch manchen Grundgedanken ihres innerpolitischen Kampfes über Bord zu werfen. Auf sie doch noch heute auf die Geistesverfassung von Tausenden ihrer Wähler Rückblick nehmen, die, auch heute nur schwer davon zu überzeugen sind, daß nicht nur selbstlicher Eigennutz der Landwirte, sondern vielmehr die Not des ganzen Landes aus vielen ihrer Wünsche spricht. Gegen solch alt eingewurzelte, systematisch verpflanzte Vorurteile der Wähler anzugehen, bedeutet für jede Partei ein nicht geringes Wagnis, und daher verdient es Anerkennung zu werden, wenn aus der Sozialdemokratie heraus immer häufiger Stimmen laut werden, die von Verständnis für die Lage der Landwirtschaft zeugen und sich auch nicht scheuen, eine angemessene Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen laut zu fordern. Dies tritt namentlich zutage bei der von der Landwirtschaft geforderten und ihr auch bereits bewilligten Erhöhung der Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln, einer Forderung, die unter den obwaltenden Verhältnissen notwendig unvollständig wirken mußte und daher auch in der Arbeiterkategorie eine Erregung hervorrief, die sich wiederholt bis zur Drohung eines Generalstreiks steigerte. In anerkannter Weise nahm das führende Blatt der Sozialdemokratie es an sich, die Notwendigkeit der Prämien-erhöhung mit der Unzulänglichkeit der bisher der Landwirtschaft gezahlten Preise zu rechtfertigen, und noch nachdrücklicher tat dies einer der Vorwärtsredakteure in einer der vielen, hauptsächlich wohl als Einspruchsfundgebungen gedachten Berliner Versammlungen, wenn er der Arbeiterkategorie vorrednete:

Die Preise für rationierte Lebensmittel in Deutschland sind so niedrig, daß wir in Bezug auf unsere Landwirtschaft schweren Gefahren entgegengehen. Denn die Preise für Lebensmittel stehen in gar keinem Verhältnis zu denen der Industrieprodukte. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind unzureichend. Während überall der Verkaufspreis über das Bedeutsame gestiegen ist, erhält der Bauer für seinen Roggen 20 M. gegen 9 M. vor dem Kriege. Für einen Zentner Kartoffeln kann sich der Landmann gerade ein Zehntel kaufen. Selbst die Schlechtwarendpreise sind nicht imstande, den Landwirten die Kosten für den Auspendler zu ersetzen, dessen sie bedürfen, da wir keine ausreichende Viehzucht mehr besitzen. Wird es nicht bald anders, so wird die Anbaufläche für Getreide rettungslos zurückgehen.

Zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen kommt der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der auf Grund von Berechnungen aus der ersten Hälfte des Jahres 1919 folgendes feststellt: Brotgetreide 40 v. H., Gerste 45 v. H., Haferfrüchte 13 v. H., Getreide 140 v. H., Weizenfrüchte 40 v. H., Getreide 300 v. H., Kartoffeln 115 v. H., Butter 67 v. H. Bei Produkten aus der Landwirtschaft sind die Mehreinnahmen wie

folgt verrechnet: Milch 78 v. H., Butter 67 v. H., Eier 317 v. H., Honig 221 v. H., Woll 180 v. H., Verkauf von Schlachtwild 28 v. H. Demgegenüber berechnet man die Aufwandssteigerungen beim Einkauf von Saatgut auf durchschnittlich 100 bis 250 v. H., bei Sämereien auf 300 bis 400 v. H., bei den Löhnen auf 100 bis 180 v. H., bei den Maschinen auf 150 bis 200 v. H. und ähnliche Steigerungen bei den sonstigen Bedarfsartikeln des Landwirts. Vergleicht man die durchschnittlichen Einnahmesteigerungen, die man mit 62 v. H. berechnet, besonders bei den Hauptprodukten, wie z. B. Getreide, mit den Anstiegen des Kostenaufwandes, wobei letzterer im Durchschnitt für ganz Deutschland etwa 70 bis 80 v. H. gegenüber den Friedenspreisen ausmacht, so muß gesagt werden, daß ein Misverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht. Die dritte Welle des Preises muß sich die Frage vorlegen, ob wir das Brot aus einheimischem Getreide zu etwa 2,70 M. kaufen können, oder ob wir später für Brot aus ausländischem Mehl den drei- oder vierfachen Preis bezahlen müssen, ganz abgesehen von der dadurch eintretenden weiteren Verschlechterung unserer Marktlage dem Ausland gegenüber. Willigen wir den Landwirten angemessene Preise für ihre Produkte zu, dann bedeutet dies eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, noch dazu, wenn dafür gesorgt wird, daß der Landwirtschaft die nötigen Mengen künstlichen Düngers zugeführt werden. Das alles trägt zur Gesundung unserer Wirtschaft bei. Die Steigerung der Produktion muß in erster Linie bei der Landwirtschaft beginnen.

Nehmen wir schließlich noch davon Kenntnis, daß auch die Sozialistischen Monatshefte in ihrer letzten Nummer einen Beitrag bringen, der in verständnisvollem Eingehen auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse die Notwendigkeit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den Vordergrund rückt unter ausdrücklicher Anerkennung der „Not“ der deutschen Landwirtschaft, so eröffnen sich erfreuliche Aussichten für eine sachlichere Behandlung der uns alle gemeinsam bedrängenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine Sachlichkeit, die nicht nur für die jeweils behandelten Wirtschaftszweige selbst, sondern für die gesamten innerpolitischen Zustände von Nutzen sein dürfte.

Wann endlich?

Die Antwortnote der Alliierten auf die deutsche Note, die eine Reduktion des Bestandes der Besatzungstruppen in den Abstimungsgebieten verlangt, erklärt, daß das deutsche Verlangen nicht in Erwägung gezogen werden könne. In diplomatischen Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß der Austausch der Ratifikation zurulanden Samstag stattfinden wird. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich den Sachverständigen-Kommissionen entgegenstellen, ist es immerhin möglich, daß der Austausch bis Montag verschoben werden könne.

Die Lebensmittel-Versorgung.

Das B. L. A. schreibt: „Auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen ist ein Steigen der Anlieferungen, die die Versorgung weiter sicherstellen, um so eher zu erwarten, als die deutsche Getreideernte nicht ungünstig war und eine gewisse Zurückhaltung in den Anlieferungen im Dezember vorigen Jahres nur darauf zurückzuführen ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung der Ablieferungsprämien abwartet, deren Kommen durch mit Vertretern der Landwirtschaft gepflogene Besprechungen bereits bekannt war. Hinsichtlich des gegen Ende des Jahres zu erwartenden Defizits wird eine Deckung durch entsprechende Einfuhr sichergestellt werden. Durch die kürzlich getroffene Verzögerung der deutschen Warenzufuhr ist bestimmt zu erwarten, daß die Reichsregierung ausreichende ausländische Getreide in Händen haben wird, um den notwendigen Getreidebedarf auch für den Schluss des Versorgungsjahres sicher zu stellen.“

Die Verkehrsfrage im besetzten Gebiet.

Köln, 8. Jan. Der Eisenbahnverkehr im besetzten rheinischen Gebiet wird zurzeit unter dem Druck der Verwaltungsbehörde aufrechterhalten. Die Jäger verkehren mit ziemlicher Pünktlichkeit. Nach dem unbesetzten Gebiet ergeben sich für die zivile Bevölkerung dadurch Schwierigkeiten, daß die Jäger bei ihrem Eintreffen in den kreisenden Direktionsbezirken aufgehalten und die Verzüge zum größten Teil wieder zurückgeschickt werden. Der dadurch entstehende Wagenmangel wird auf diese Weise seinen Einfluß auf den Verkehr im besetzten Gebiete ausüben.

Köln, 8. Jan. Nachdem die Forderungen der Eisenbahner durch den Eisenbahnminister Dezer bewilligt worden sind, ist die Arbeit im Kölner Bezirk heute morgen wieder voll aufgenommen worden. Zu weiteren Verzögerungen ist kein Anlaß.

Berlin, 8. Jan. Nach Meldungen aus Speyer verbot der Militärbehörden der Rheinprovinz die Aufforderung zu Streiks und Arbeitsniederlegungen in den Versammlungen der Eisenbahner unter Berufung auf die Strafbestimmungen des noch bestehenden Kriegszustandes.

Die Eisenbahnerbewegung

Im Direktionsbezirk Köln herrscht verhältnismäßige Ruhe. Ueberall wird gearbeitet. Der Zugverkehr konnte bisher aufrechterhalten werden, mit Ausnahme der Jäger nach Elberfeld und Düsseldorf, deren Durchführung von den Eisenbahnen des Elberfelder Bezirks verweigert wird. Man hofft, den Verkehr auch weiterhin im Kölner Bezirk aufrechterhalten zu können, indes kann eine Gewähr dafür nicht übernommen werden. Dem Publikum wird deshalb empfohlen, sich vor Eintritt einer Reise zu erkundigen, ob die Jäger fahren.

Frankfurt a. M., 8. Jan. Trotzdem Unterstaatssekretär Graf mit den hiesigen Eisenbahnern verhandelt hatte, ist die Lage hier jetzt sehr bedrohlich. Das geht u. a. aus einem Aufruf hervor, den Vertreter der fünf hiesigen Eisenbahnbeamten und Arbeiterorganisationen veröffentlichten. Es sind dies: Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten, Deutscher Eisenbahnerverband, Allgemeiner Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten und Allgemeine Arbeiter-Union. Es wird darin erklärt, daß es sich zurzeit um einen Existenzkampf handle, in den die Eisenbahner durch die Kurzsichtigkeit und Verschleppungspolitik der Regierung getrieben worden seien. Dieser Kampf sei nicht durch politische Beweggründe oder Parteimeinung bestimmt, sondern aus wirtschaftlicher Not geboren. Seit Dezember 1918 hätte die Arbeiter- und Hilfsbeamtenchaft keine Lohnerhöhung mehr erhalten, und die Beamten hätten zum größten Teil mit ihrem Gehalt einschließlich Zulagen hinter den Arbeitern zurück. Der Aufruf bittet alle Parteien, die Forderungen, die Mindestforderungen seien, zu unterstützen.

Köln, 8. Jan. Drei Wiesenverammlungen in Köln, Aachen und Düren, die von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Elberfeld, einberufen waren, nahmen Stellung zu den schwelenden Gehalts- und Forderungssachen. In einer Entschließung forderte man anstatt einer gleichmäßigen Forderungszugabe von 150 Prozent aus sozialen Rücksichten folgende Abkürzung: 175 Prozent Forderungszugabe für die unteren Einkommen, 150 Prozent für die mittleren und 100 Prozent für die höheren Einkommen. Außerdem wurde die sofortige Inangriffnahme der neuen Lohn- u. Gehaltsreform verlangt. Die nötigen Mittel müssen durch Erhöhung der Tarife und Erschließung sonstiger Einnahmequellen von der Eisenbahnverwaltung beschafft werden.

Einderungen in Bulgarien.

London, 8. Jan. Die letzten Meldungen aus Bulgarien besagen, daß die Regierung die Reservisten zu den Fahnen berufen hat. In vielen Städten haben Zusammenstöße zwischen den Aufständischen und der Polizei stattgefunden. Im ganzen Lande liegt der Verkehr still.

Die Türkei unter Entente-Aufsicht.

Rotterdam, 8. Jan. „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Friedensbedingungen an die Türkei stellen die gesamte türkische Staatsverwaltung unter die Aufsicht der verbündeten Staaten bzw. des Völkerbundes. Die staatliche Unabhängigkeit der Türkei in der zwischenstaat-

lichen Politik sei dadurch zum Heil der Zivilisation beseitigt.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

Im Pariser Temps beschäftigt sich Fernand Monmège, dessen Berichte aus dem besetzten Rheinland besondere Beachtung verdienen, mit der Frage, wie der Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages am besten zu fördern sei. Nachdem in der Zeit des Waffenstillstandes allerlei unlautere Elemente die Lage Deutschlands ausgenutzt und die ehelichen Geschäftsbeziehungen in geistreuter Ordnung vorgegangen seien, bestrebe auf beiden Seiten der Wunsch, die unterbrochenen Handelsbeziehungen ehelich, offen und ohne Hintergedanken wieder aufzunehmen. Leider sei dafür, während die Verbündeten eine überlegene Tätigkeit entwickelten, der Boden nicht genügend vorbereitet worden. Die Militärs im besetzten Gebiet, in deren Händen alles lag, hätten wohl da und dort gute Vorarbeit geleistet, aber es wären Konjunktur- und Industriekörperkosten dafür nötig gewesen. Die bei den militärischen Städten eingerichteten Wirtschaftsabteilungen müßten alsbald anders bezeugt werden. Die belgische Wirtschaftsteilung in A. r. s. l. d., der ein französischer Offizier beigegeben war, habe in ihrer Art musterhaft gearbeitet, aber auch die unter dem Obersten Boissin, Adjutanten des Oberkommandos Tirard, stehenden Abteilungen in Köln, Mainz und Ludwigshafen hätten im französischen Interesse gutes geleistet. Was aber die mit dem Inkrafttreten des Friedens zu fordernde Neuregelung angehe, so sei die übereinstimmende Meinung der französischen Handelswelt, daß man keinesfalls zum Konsultationsstadium zurückkehren dürfe. Die Konsula hätten sich zum Teil mehr als diplomatische Vertreter denn als wirtschaftliche Vermittler gefühlt, mancher hätte seinen Posten nicht eigener Tätigkeit, sondern höherer Genuß verdankt, auch seien sie schlechter bezahlt gewesen als die anderen Länder. Ein französischer Großhändler, den der Berichterstatter in Mainz getroffen, habe ihm gesagt: Wir sind stark genug, um uns selber zu helfen. Man lasse uns hier eine Handelskammer errichten, wie es die Engländer in Köln gemacht haben. Der Berichterstatter zeigt indessen mehr der Auffassung zu, daß die bei den militärischen Städten bestehenden Wirtschaftsabteilungen erhalten, aber selbständiger gemacht werden sollen; die französischen für sich, die belgischen für sich um. Müßten jede im eigenen Hause und in ihrer Handlungsfreiheit nur beschränkt sein durch die zu erwartenden Annahmen zwischen den Verbündeten. Durch Austausch oder durch Jugelandnisse in den deutschen Handelsgebieten würde es zum Beispiel auch möglich sein, die 16 oder 17 Milliarden Schulden zu bereinigen, die Frankreich in England gemacht habe. In einer Nachschrift fügt der Berichterstatter hinzu, daß er aus guter Quelle die Nachricht erhalten habe, die von ihm angedeutete Regelung sei für das Rheinland bereits in die Wege geleitet, dagegen würden im unbesetzten Deutschland die Handelsvertretungen nicht vor zwei oder drei Monaten eingerichtet werden.

Weinhandlungen in das unbesetzte Deutschland.

Die Weinhandelsgesellschaft in Berlin hat eine Verordnung erlassen, nach der der linksrheinische Weinhandel bei Weinhandlungen in das unbesetzte Deutschland ein Formular ausfüllen soll, welches die Art und Menge des Weines sowie die Namen und Wohnorte der Kunden aufzählt. Diese Verordnung bedeutet nichts weniger als eine vollständige und systematische Kontrolle der einzelnen Weinhandlungen, da die Weinhandelsgesellschaft sich dadurch in die Lage versetzt, an Hand der ausgefüllten Formulare eine genaue und lückenlose Statistik über den Versand der einzelnen Firmen zu führen. Durch eine derartige Maßnahme wird der linksrheinische Weinhandel gewissermaßen zu einem unter Aufsicht stehenden Staatsbürger zweiten Ranges herabgewürdigt. Der eheliche Weinhandel, der eine Kontrolle über seine Geschäfte auf entschiedene Ablehnung stößt, wird es vorgezogen, unter diesen Umständen von einem Verband nach dem unbesetzten Gebiet überhaupt abzugehen, was als nächstes zur Folge hat, daß der gesamte Weinhandel nach der anderen Rheinseite endgültig und gänzlich in Schieflage übergeht. Daß dadurch dem Staate nicht unerhebliche Schäden zugefügt werden, ist ohne weiteres klar ersichtlich, und es erregt sich wohl, dies des Näheren auszuführen. Nur erinnert sei an die Summen, die dem Staate durch Unterbrechung von direkten und Umschlagverträgen entzogen

werden. Die Weinhandelsgeſellſchaft in Berlin ſteht nun zwar ein ſtaatliches Inſtitut dar, doch iſt es bekannt, daß an ihrer Spitze einige Weinhandlungen ſtehen. Nun wäre es intereſſant, etwas über die Leiſtungen der Weinhandelsgeſellſchaft zu erforſchen, um dadurch zu einem Bild über ihre Zweckmäßigkeit zu kommen, die ſo ohne weiteres nicht einleuchtet. Die Weinhandelsgeſellſchaft müßte doch ſelbſt einmal zuſehen, was bei der von ihr mit allen Mitteln verteidigten Zwangswirtſchaft herausgekommen iſt: ein unerhörtes Sinken der Preiſe. Wenn irgendeine Einrichtung für Zwangswirtſchaft überflüſſig iſt, dann iſt es die Weinhandelsgeſellſchaft. (R. S.)

Staatsaufſicht und Gemeindeförſer.

Einige Gemeindevorſteher des Kreiſes Neuwied veröffentlichen in der Neuwieder Zeitung einen Aufruf, der ſich in ſchärfer Weiſe gegen die biſherige Form der Staatsaufſicht über die Gemeindevorſteher richtet. Sie verlangen das Anſtellungsrecht für die Gemeindevorſteher und Oberförſter excluſiv für die Gemeinden. Die Anſtellung dieſer Beamten ſoll nur bei Privatoberförſtern und auf Privatforſtkuſten erfolgen, um „dem Fluche aller ſtaatlichen Einrichtungen, Nützlichkeit und Unwirtſchaftlichkeit, beſonders ſchlechte Mittelmäßigkeit, zu entgehen.“ Sie verlangen ferner das alleinige Beſtimnungsrecht für die Gemeinden über das, was mit ihrem Boden geſchieht, und endlich das alleinige Recht, zu beſtimmen, was im Walde genutzt werden ſoll. Das einzige Recht, das ſie dem Staate laſſen wollen, ſoll darin beſtehen, daß er die Aufſicht darüber behalten ſoll, daß abgeholzte Flächen ſofort wieder aufgeforſtet werden, bei Ausdehnung dieſer Aufſicht auch auf alle übrigen Privatwaldungen. Zu denken gibt eine Verlegung des Aufrufs an die Vertreter aller ländlichen waldbeſitzenden Gemeinden, die gleich den übrigen dem Boden der alten franzöſiſchen Markverfaſſung entſprechen. Aus geringfügigen Anlaſſen (Beſetzung einer Förſterſtelle durch die Regierung) entſtanden, ſieht die Bewegung auf dem Punkte, eine beachtenswerte politiſche Wendung nehmen zu wollen.

Verſchiedene politiſche Nachrichten.

Köln, 8. Jan. Ein Rundſchreiben des Metro-politanapſtols ſetzt den Klerus und die Gläubigen der Erzdiözeſe davon in Kenntnis, daß nunmehr die Wahl eines Erzbiſchofs bevorſteht. Als Tag der Wahl iſt der 15. Januar feſtgeſetzt.

Paris, 8. Jan. Die Liſte der von Deutſchland zur Aburteilung wegen angeblicher Kriegs-verbrechen an die Alliierten auszuliefernden Perſonen iſt fertiggeſtellt. Die inter-alliierte Kommiſſion beſaß ſich noch mit der Verteilung der Angeklagten auf die verſchiedenen Staaten.

Rotterdam, 8. Jan. Rotterdam bereitet ſich auf eine gewaltige Zunahme der Auswanderung vor. Es treffen fortgeſetzt große Mengen von Deutſchſtörern und Reichsdeutſchen ein, die nach Braſilien auswandern. Tausende von Auswanderern werden in den nächſten Tagen erwartet. Der Andrang der Heimatſüchtigen iſt manchmal ſo groß, daß Störungen in der Weiterbeförderung eintreten.

Das neue Reichswahlrecht.

Aus Berlin wird geſchrieben: Die Vorarbeiten für die Schaffung eines neuen Reichstagswahlrechts ſind im Reichsminiſterium des Innern ſoweit gefördert, daß ein Geſetzentwurf wohl

bald vorgelegt werden kann. Hiſter haben beſtändig nur Verhandlungen zwiſchen dem Reichsminiſterium und den Vertretern aller Parteien im Unterſtaatsrat des Verfaſſungsausschusses ſtattgefunden. Man hat ſich damals über die verſchiedenen Möglichkeiten einer gerechten demokratiſchen Wahlordnung unterhalten und dann dem Reichsminiſter noch den Auftrag gegeben, die von ihm vorgetragene Pläne in einen Geſetzentwurf niederzulegen. Das iſt alſo inzwischen im Reichsminiſterium verſucht worden, und das Ergebnis wird der Öffentlichkeit wohl bald unterbreitet werden.

Ebenſo wie beim Wahlrecht für die National-Verſammlung wird das Verhältniswahlrecht beibehalten werden. Es ſieht voraus, daß die Wahlkreiſe ſo groß ſind, daß mehr als ein Abgeordneter von ihnen gewählt wird. Sie ſollen aber auf keinen Fall wieder ſo groß werden, wie ſie das letzte Mal waren. Denn es hat ſich gezeigt, daß dieſe gewaltig großen Wahlkreiſe von den gewählten Abgeordneten garnicht bearbeitet werden können. Dadurch geht nicht nur das notwendig perſönliche Vertrauen zwiſchen Wählern und Abgeordneten, ſondern auch der ſtim-mungsmäßige Zusammenhang zwiſchen Wahlkreis und Volksvertretung verloren, der unbedingt für den Erfolg guter Geſetze notwendig iſt. Die für das neue Reichstagswahlrecht erforderliche Neueinteilung der Wahlkreiſe wird alſo in vernünftiger Weiſe zu erhalten ſein zwiſchen den früheren 397 ein Mannwahlkreiſen des deutſchen Reiches. Man wird auf eine Größe von etwa drei bis vier alten Einmannwahlkreiſen dann drei bis vier Abgeordnete zu wählen haben.

Da das Verhältniswahlſystem beibehalten bleibt, muß wieder die Liſtenwahl ſtattfinden. Aber die Liſtenwahl ſoll weſentlich in der Be-rechnung des Ergebnisses vereinfacht werden. Es werden nämlich die Stimmenzahlen, die die Wahl-vorſchlagsliſte enthält, durch die Ziffer 80 000 geteilt. Soviel mal das geht, ſo viel Abgeordnete entfallen auf die Vorſchlagsliſte. Der Rest, der bei der Division ſchließlich übrig bleibt, wird der betreffenden Partei auf eine Reichs-liſte gutgeſchrieben. Da auf dieſer Reichsliſte die Reſte aus allen Wahlkreiſen des Reiches über-tragen werden, kann abermals durch 80 000 ge-teilt werden. Auf dieſe Weiſe erhält jede Par- tei zu den Abgeordneten aus den Wahlkreiſen auch noch ſolche aus der Reichsliſte.

Im Reichsminiſterium des Innern findet nun auch der Vorſchlag noch viel Anklang, die Reſt-stimmen nicht gleich auf eine Reichsliſte, ſondern erſt auf eine Provinzialliſte zu verbuchen und dort wiederum durch 80 000 zu teilen. Die dann verbleibenden Reſte würden auf der Reichs-liſte nochmal geſammelt werden. Ob die Vorteile oder Nachteile der beiderlei Provinzialliſten überwiegen, iſt im Reichsminiſterium des Innern gegenwärtig noch nicht einwandfrei klargestellt. Aber ob mit oder ohne Provinzialliſten: Soviel iſt ſicher, daß die bei den Wahlen aufgetragenen Stimmen möglichſt reſſlos den Partien zugute kommen. Wahlkreiſe, bei denen ſelbſt ſtarke Min-derheiten andauernd keine Mandate erhalten kön- nen, wie das früher häufig der Fall war, oder in denen viele zehntauſende von aufgetragenen Stim- men ausfallen müßten, wiſſen ſie zur Erlangung eines Mandates nicht ausreichen, wie das bei den letzten Nationalverſammlungswahlen oft genug vorkam, ſind in Zukunft unmöglich.

Eine beſondere Eigentümlichkeit des neuen Wahlrechts wird voraussichtlich die Unbe-

ſtimmtheit der Reichstagsabgeord- neten ziffer inſgesamt ſein. Wahlkreiſe, in denen die Wahlbeteiligung gering bleibt, werden dadurch beſtraft, daß ſie weniger Abgeordnete er- halten, als Wahlkreiſe, in denen fleißig gewählt wird. Der Reichstag kann dann je nachdem 300 oder 400 oder im höchſten Fall 500 Abgeordnete wählen.

Alles in allem darf man noch dem Mitgeteilten hoffen, daß die Regierung einträchtig mit den Par- teien das beſtmögliche Wahlgeſetz für den künftigen deutſchen Reichstag zu finden beſtrebt iſt.

Aus Stadt und Kreis.

Oberſohnſtein, den 9. Januar.

Henrich-Förſter-Konzert. Wie wir von befreundeter Seite in Erfahrung ge- bracht haben, beabſichtigt, die in weiten Kreiſen bekannte Violinvirtuſin Frau Henrich-Förſter aus Koblenz am 18. Jan. im Hotel Weiland unter Mitwirkung von Herrn Kapellmeiſter Henrich am Klavier ein Konzert zu veranstalten. Die außer- ordentlichen Leiſtungen der Künſtlerin beſonders in der klaffenden Muſik verſprechen allen Muſik- freunden einen genügen Abend. Das Pro- gramm, das Konpositionen nur alter Meiſter wie Mozart, Brahms, Tartini, Bach u. a. ent- hält, wird rechtzeitig in der Zeitung veröffentlicht werden.

Die Ausſtellung des Kreis-Klein- tierzuchtvereins in der hieſigen Markthalle wird morgen vormittag 9 Uhr eröffnet.

Standesamtsziffern aus dem Jahre 1919. In unſerer Gemeinde wurden im Laufe des verfloſſenen Jahres 148 Kinder ge- boren. Die Zahl der Sterbefälle bleibt mit 12 unter der der Geburten zurück und beträgt 136 In den Häfen der Ebe eingelaufen ſind nicht weniger als 103 Paare. Die Zahlen haben ſich im Ver- gleich zum Vorjahre in jeder Beziehung geſteigert. Vor allem iſt es erfreulich, daß die Sterbeziffer von 216 im Jahre 1918 auf 136 zurückgegangen und auch die Geburten um 40 zugenommen ha- ben. Ganz enorm verändert aber hat ſich die Ge- burtziffer die von 51 im Jahre 1918 auf 103 ge- ſtiegen iſt.

Stenographiſches. Wie aus einer Anzeige in geſtriger Nummer zu erſehen iſt, ſind Verſuchungen im Gange, in unſerer Stadt einen Stenographen-Verein, System Gabelberger, zu gründen. Damen und Herren, die Anhänger die- ſes Systems ſind, ſind für heute abend 7 1/2 Uhr, zu Verſammlungen ins Geſellenhaus eingeladen.

Stenographenverein „Stolze Schrey“. Nachdem der gegen Ende Oktober v. Js. unter Leitung des Vorſtandes eröffnete Anfängerkursus vor einigen Tagen mit beſtem Erfolge geſchloſſen worden iſt, beginnt anfangs Februar wieder ein neuer Kursus. Sowohl in Schul- als auch in Debatteſchrift. Am 1. Fe- bruar wird der Verein einen Unterhaltungsabend mit anſchließendem Tanz im Hotel Weiland ver- anſtalten.

Weitere Einſchränkung der ka- tholiſchen Feiertage. Wie aus einem Er- laß des biſchöflichen Ordinariats hervorgeht, gilt fernerhin für die Diözeſe Limburg das als Poſtag bekannte Feſt „Maria Himmelfahrt“ nicht mehr als gebotener Feiertag für die Katholiſten. Es ſoll nur noch zu einer gelegenen Zeit ein Hoch- amt abgehalten werden. Von den zahlreichen frü- heren gebotenen katholiſchen Feiertagen beſtehen heute neben den mit anderen Konfeſſionen gemein-

ſchaftlich abgehaltenen Feiertagen nur noch zu- recht: Der Dreikönigstag (3. Jan.), Fronleich- nam (10. Tage nach Pfingſten), Maria Himmelfahrt (15. August) und Allerheiligen (1. No- vember).

Die Erhöhung des Bierpreiſes. Für Herſtellungsorte, für die bereits biſher höhere als die jetzigen Herſtellungshöchstpreiſe bewilligt waren, tritt an Stelle des Preiſes von 50 Mark ein Preis von 63 Mark und an Stelle des Preiſes von 42 Mark ein Preis von 65 Mark für das Hektoliter.

Markſtücke ſtatt der Scheine? Um die viel angeſandten Einmark-Scheine ab- zutun, ſind augenblicklich Verſuche zur Ausprä- gung von Einmarkſtücken im Gange. Natürlich ſollen dieſe wie die Fünzigpfennigstücke aus un- edlem Metall hergeſtellt werden. Zergewöhnliche Silbermengen werden auf keinen Fall verwandt werden.

Sind vordatierte Schecks gültig? Die außerſt intereſſante Frage, ob vordatierte Schecks (d. h. ſolche Schecks, welche vor dem auf- ihnen angegebenen Ausſtellungsdatum in Ver- fehr geſetzt wurden) zuläſſig und rechtsgültig ſind, hat das Reichsgericht in einem jezt vorlie- genden Urteil von grundsätzlicher Bedeutung be- ſagt.

Der Hochwasserkataſtrophe. Um ſich durch Augenſchein von den ſchweren Schäden zu überzeugen, welche Haus und Flur zahlreicher Rhein- und Mosellorte durch die Hochflut der le-zten Wochen erlitten haben, beſichtigte Herr Ab- geordneter Leo-Neuwied, Mitglied der preu- ſiſchen Landesverſammlung, am Montag die In- ſel Niedermühl und die Stadt Vallendar. Nach eingehender Rückſprache mit den maßgebenden Behörden wurde durch den Herrn Abgeordneten ein Telegramm an den Herrn Landwirtschafts- miniſter und auch an den Reichshoflenkommiſſar geſandt, in dem dringende Hilfeſuchen für alle geſchädigten Ortschaften geſordert wird, vornehm- lich durch beſchleunigte Verſorgung mit Kohlen und Däumchen. Gleich nach dem Wiederbeginn des Parlamentes werden die Abgeordneten unſeres Bezirkes an die Regierung die Anfrage rich- ten, was ſie zu tun gedenkt, um der eingetretenen Notlage zu ſteuern. (Anmerkung der Redaktion: Es empfiehlt ſich, daß alle geſchädigten Gemeinden Photographien vom Hochwasser mit kurzer Be- ſchreibung an ihre Abgeordneten ſenden, damit dieſe ihre Forderungen zweckentſprechend belegen können. Adreſſe: Abg. Weil, Berlin, Landes- verſammlung.)

Niederſohnſtein, den 9. Januar.

Das Verbot der Floßſchiffahrt auf dem Rhein iſt außer Kraft getreten, da der Waſſer- ſtand wieder normale Höhe anzunehmen beginnt.

Braubach, den 9. Januar.

In einer am Sonntag, den 4. ds. Mts. zu Braubach a. Rh. ſtattgefundenen öffent- lichen Verſammlung der Deutſchen Volkspartei kam Abgeordneter Dr. Kalle auch auf die durch die plötzlich eingetretene Hochwasserkataſtrophe hervorgerufenen ſchweren Schäden zu ſprechen. Er erklärte ſich bereit, im Intereſſe der ſchwer heimgeſuchten rheiniſchen Bevölkerung bei der preuſiſchen Regierung ſofort vorſtellig zu wer- den, damit ſie vor allem Brennmaterialien und Kohlen in großen Mengen für die betroffenen Ortschaften bereitſtellt. Da das preuſiſche Pa- lament noch auf längere Zeit vertagt iſt und ſchnelle Hilfe im überſchwemmten Gebiet drin- gend nottut, hat Abgeordneter Kalle am nächſten

Die ſchöne Unbekannte.

Roman von H. Courths-Mahler.

32. Fortſetzung.
„Ich bringe darauf, du mußt Graf Günter Nordau heiraten, Viebling. Bedenke doch, eine halbe Million ſieht für dich und für ihn auf dem Spiele.“

Sie wollte ſich zornig loſmachen.
„Nicht ſo ſcherzen — das tut mir weh.“
Er zog ſie aber lachend wieder zu ſich heran:
„Schelmin, ſüße, jezt ſage erſt einmal du zu mir und nenne mich bei meinem Vornamen.“
Sie ſchüttelte im ſchmerzlichen Jörn den Kopf:
„Ich verſtehe Sie nicht — zum erſten Male ver- ſtehe ich Sie nicht.“

Sein Augen funkelten im glücklichen Uebermut.
„Süße Hardy — verſteheſt du noch immer nicht? Wenn ich — ich von dir verlange, daß du Graf Günter heiraten ſollſt, ſo kannſt du es unſerſt tun, denn ich gönne dich keinem andern Mann, als mir ſelbſt.“

Sie ſah ihn an und ſtupete: „Was iſt das?“
„Sag du zu mir, Süße — ja: Lieber Günter ich will deine Frau werden.“
Sie zuckte zuſammen. „Du — du — heißt nicht Robert?“

„Nein, du Schelmin — ein Schelm ſitzt neben dir und hält dich feſt in ſeinen Armen. Begreiffſt du nun endlich? Ich bin Günter Nordau, und drüben im Schloß ſitzt mein Freund Robert Hall- dorf und ſpielt meine Rolle. So wie du dich vor dem fremden Letter ſürcheſt, ſürchteſt du dich vor meiner Baſe Bernhardine, weil ich dein Bild in meinem Herzen trug und meine Sehnsucht dich ſuchte. Auch wollte ich meiner Baſe eine Beſchämung ſparen und mir unter einem andern Namen ihre Freundschaft und ihr Vertrauen erringen. Dann wollte ich ihr ſagen, ſie möge immerhin er- klären, daß ſie meine Frau werden wollte, damit ich die ganze Million zuſiehe. Mein Freund Hall- dorf erklärte ſich bereit, meine Rolle zu überneh- men. So kamen wir hierher — und wie froh war ich in meiner Maskerade, als ich dich wiederſah

und dich natürlich für die Kuſtine meiner Mitſchwin- hiel. Siehſt du Viebling, ſo ſind wir beide unter falſcher Flagge geſegelt und doch mitten ins Glück hinein. Du biſt mein und ich bin dein, unter wel- chem Namen es auch ſein mag. Oder weigerſt du dich noch immer ſo hartnäckig, den Grafen Günter zu heiraten. Ei, wie hat mich mein ſü- ßer Viebling ſo zornig angeblüht.“

Hardy ſchmeigte ſich glückſelig in ſeine Arme:
„Ach Günter, lieber Günter — ich wußte ja nicht, was ich von dir denken ſollte.“

„Mauſteſt du wirklich, ich würde dich einem andern laſſen. Wie wenig kennſt du dann meine Liebe.“

„Ach — nun nicht mehr daran denken, mein Günter. Wie dankbar bin ich nun Graf Herbert, der die Rollen und die Nordaus vereinigen wollte.“

„Sein Wunſch ſoll herrlich erfüllt werden, mei- ne Hardy, bis zum letzten Augenblick.“

„Viebling, wie iſt das Leben nun ſchön und hold für mich, nun ſind alle Schatten geſchwun- den. Ich ſitze mitten in der Sonne, geboren in deiner Liebe, und bin ſo glücklich — ſo glücklich, wie ein Mensch nur ſein kann.“

Dieſes Bekenntnis mußte ihr Günter von den Lippen fließen. Junig umſchlungen laſen sie im Janker des herrlichen Frühlingsmorgens. Sie hatten ſich ſo viel zu ſagen und zu fragen, daß die Zeit im Fluge verſtrich.

Von Feinmann ſprachen ſie auch und lachten glücklich, daß er ſie beide hatte geſehen laſſen in ihrem Komödientpiel. Und dann kamen ſie auf Mia und Robert zu ſprechen.

„Wie wird Mia nun froh ſein! Sie war in Sorge, daß dein Freund ſich nur deshalb um ſie bemühte, weil er ſie für eine Mitſchwin hielt, die ihm die andere halbe Graſchaft als Mitgift zu- bringen würde.“

„Nein Hardy, da braucht ſie nicht mehr in Sorge zu ſein. Robert heißt deine Kuſine um ihrer ſelbſt willen. Er iſt ſelbſt ein ſehr reicher Mann, und Geld oder Geldeswert ſpielt keine Rolle, wenn er ſich eine Gattin wählt.“

Hardy wollte ſchon ſagen: „Mia iſt auch reich.“

Da fiel ihr ein, daß ſie dieſer Verſprochen hatte, es nicht zu verraten. So ſagte ſie nur:

„Wie wird Mia glücklich ſein, wenn ſie die Gewißheit hat, daß ſie um ihrer ſelbſt willen ge- liebt wird. Du mußt mir aber verſprechen, Günter, daß du deinem Freund Robert nichts davon verrätſt, daß Mia und ich die Rollen vertauſcht haben. Sie wird es ihm ſelbſt ſagen, ſobald ſie weiß, daß ich dich unterrichtet habe und ſobald ſie mit ihm allein iſt.“

Er ſah lachend nach der Uhr.

„Das wird wohl jezt schon der Fall ſein. Die Frühstückszeit haben wir um eine halbe Stunde bereits überſchritten.“

Hardy ſprang auf. „Da müſſen wir uns be- eilen.“

Er zog ſie wieder neben ſich nieder.

„Nein, wir müſſen noch hier bleiben, Hardy, und wenn dein Hunger noch ſo groß iſt. Ich habe Robert verſprochen, ihm eine Stunde des Alleinſeins mit deiner Kuſine zu verſchaffen — falls ich dich allein treffen würde. Daß wir nicht pünktlich am Frühstücksſtisch eintreffen, iſt ihm ein Zeichen, daß zwiſchen uns alles in ſchönſter Ord- nung iſt. Und nun wird er ſchleunigſt zwiſchen ſich und deiner Kuſine Klarheit ſchaffen.“

Da ließ ſich Hardy wieder anſetzend neben ihm nieder. Sie vergeßen alles um ſich her und ſaßen und wußten nur, daß ſie ſich liebten.

„Herzliche, Mädchen — du Schlafmüſſe, wiſſſt du noch nicht aufſtehen? Die Sonne kommt dir auf dem Bett geſprungen.“ ſagte Brigitte und rü- telte Mia an der Schulter.

Dieſe ſchlug die Augen auf. Einzelne Brigitte ſchlaftrunken an und dehnte ſich wohl in den Kiſſen.

„Was iſt los, Brigitte?“

„Nichts iſt los, Herzliche. Nur iſt Fräulein Hardy ſchon längt wieder über alle Berge, und drüben auf der Teraſſe ſitzt mutterleibſtallein der junge Graf und guckt ſich die Augen aus nach dem Uebermüde, mit dem er ſich ſo gern nekt.“

Mia warf die lebende Steppdecke beiseite und ſprang mit beiden Füßen aus dem Bette.

„Iſt es ſchon spät, Brigitte?“

„Höchſte Zeit, wenn du zum Frühſtück zuſetzt kommen wiſſſſt.“

„Allo dann ſchnell meine Sachen, Brigitte. Hätteſt mich eher wecken ſollen. Nun müßt du dich wieder ſo eilen.“

Hätig machte Mia Toilette, und nach einer halben Stunde trat ſie, friſch und ſchön wie der junge Tag, auf die Teraſſe hinaus, wo der Früh- ſtückstisch gedeckt war.

„Stimmt ſie ſie, daß noch niemand daran Platz genommen hatte. Nur der falſche Graf Günter ſaß an der Teraſſenbrüſtung und ſah ihr ſchnell entgegen. Sie merkte, daß er erregt war und das zu verbergen ſuchte.“

„Guten Morgen, Kuſine Hardy! Endlich auf- geſchlafen?“

„Ja, endlich. Es iſt eine große Mühe, Untugend von mir, bis in den hellen Morgen hinein zu ſchla- fen. Von Kind auf habe ich abends nicht ſettig zur Ruhe gehen und morgens nicht aufſuchen müßen. Meine Kuſine dagegen iſt eine Frühſchla- ferin, ſie iſt ſchon längt aufgewacht.“

„Ich wiſſſe“, erwiderte er.

„Haben Sie ſchon mit ihr geſprochen?“

„Nein, — aber ich wiſſe trotzdem, daß ſie im Park iſt — mit meinem Freund zuſammen.“

Mia ſah ihn unſicher an. „Wiſſen Sie das genau?“

„Jawohl, ganz genau. Sehen Sie bitte ein- mal da hinüber an den Strauch, dort hängt ein weißes Tüchchen.“

Sie folgte mit dem Blick ſeiner zeigenden Hand.

„Das hat mein Freund angebunden, und es iſt eine Botſchaft für mich und ſie heißt: Hier im Park biſt du überflüſſig, hier promettierſt du mit Fräulein von Sueder. Störung bei Todestrafen verboten.“

Sie errödete jäh. „Allo der Park iſt verbotenes Terrain für Sie?“

„Ja — und auch für Sie. Der Beg dorthin führt nur über meine Leiche.“

(Fortſetzung folgt.)

Tage folgendes dringendes Telegramm an den preussischen Minister-Präsidenten: Die Bevölkerung der stark überfüllten Orte im rheinischen Schiefergebirge bittet dringend um Unterstützung zur Beseitigung ihrer Notlage, insbesondere ist sofortige Zuweisung von Brennmaterial zur Wiederherstellung der Wohnungen in Städten wie Caub, St. Goarshausen, Braunbach, Lahnsheim und anderen erforderlich. Es wird um Unterstützung unserer Bitte beim Reichskohlenkommissar gebeten. An den Reichskohlenkommissar für die Kohlenverteilung in Berlin und an die Kohlenausgleichsstelle in Mannheim sandte Dr. Kasse folgendes Telegramm: Die Bevölkerung der stark überfüllten Orte im rheinischen Schiefergebirge in Caub, St. Goarshausen, Braunbach, Lahnsheim und anderen Orten bittet dringend um sofortige Zuweisung von Brennmaterial zur Wiederherstellung der Wohnungen. Wir wollen hoffen, daß die preussische Regierung dem Rufe unserer Abgeordneten recht schnell Folge leistet.

Lipporn. Schulpersonalnachrichten. Endgültig angestellt wurde der ev. Lehrer Wiefelph. Ewald mit Wirkung vom 1. 10. 19.

Nachrichten, den 9. Januar.

a. Der Obst- und Gartenbauverein. Raft ätten hielt Dienstagabend in der „Alten Post“ seine erste diesjährige Versammlung ab, zu der außer den Mitgliedern zahlreiche Freunde und Gönner des Vereins erschienen waren. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Lehrer Manter, wurde Herr Gartenbau-Ingenieur Schilling-Greifensheim das Wort erteilt, der in einem einstündigen Vortrage das ihm gestellte gegenwärtige Thema: „In welcher Weise sind die Erträge des Gemüsegartens zu heben?“ behandelte. In äußerst lehrreicher und erschöpfender Weise wurde die Bodenvorbereitung und -bearbeitung, Düngemittel, Pflanzweise und -zeit, Samenbeschaffung, Begos, Selbstzucht und die Sortenwahl unter Berücksichtigung des hiesigen Höhenklimas erläutert und zum Schluss auch noch kurz die Pflege der Obstbäume gelehrt. Am den Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte, welche von dem der Gemüsgarten entgegengebrachten regen Interesse bezeugt. Am 11. d. M. wurde der Wunsch geäußert, daß derartige Vorträge möglichst oft gehalten werden möchten. In liebenswürdiger Weise erklärte sich Herr Gartenbau-Ingenieur Schilling bereit, bei genügender Teilnehmerzahl demnächst einen praktischen und theoretischen Kursus über Obstbaumzucht und -pflege in Raft ätten abzuhalten.

Diethart, 7. Jan. Frau Hagedorn benutzte für die Kinder der ärmeren Bevölkerung von Diethart, Weidenbach, Münchendorf, Algenroth, Jörn u. a. einen größeren Posten Kleidungsstücke, Schuhwerk und sonstige Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs.

Aus Nah und Fern.

Wiesbaden, 8. Jan. Die Braunkohlenzeche „Gewerkschaft Franz“ bei Wiesbaden ist in den Besitz der Stadt Wiesbaden übergegangen. Die Bergleute arbeiten in drei Schichten und fördern täglich etwa zwei Waggons. Ein Teil der Kohlen wird in Hochheim verladen, der übrige wird auf der Grube, der Zentner zu 4 M., abgeholt.

Frankfurt a. M., 8. Jan. An Stelle des Bürgermeisters Dr. Luppe, dessen Wahl zum Nürnberg Oberbürgermeister als sicher gilt, will die Sozialdemokratie den Unterstadtssekretär Graf vordrängen, der lange Zeit hier Arbeitersekretär u. Vorsitzender der Ortskrankenkasse sowie Stadtverordneter war. Die bürgerlichen Parteien denken vornehmlich an Stadtrat Dr. Landmann, der früher in Mannheim war, und den Stadtrat Dr. Böhl, dessen Wahl zum Landeshauptmann in Wiesbaden jedoch bevorsteht.

Aus der Pfalz, 6. Jan. 4500 Stüd Großvich aus Argentinien werden nach der Pfalz eingeführt. Das Pfund Lebendgewicht wird mit 3,60 M. berechnet. — Der Wingerverein Gleisellen-Gleisendorbach brachte in seinem Wingerhaus an den Feiertagen ein Volksgetränk Gutedel zu 4,50 M., Rustateller zu 5 M. das Viertel Liter zum Auschank. Zahlreiche kamen, gingen aber wieder von dannen und tranken dies Volksgetränk nicht.

Coblenz, 8. Jan. In der Stadtverordnetenversammlung stellten die Sozialdemokraten einen Dringlichkeitsantrag, die Keller auf die Höhe von 1,50 m hin nach oben zu lassen und überflüssige Mengen zu beschlagnahmen und der ärmeren Bevölkerung, besonders der durch das Hochwasser geschädigten, zu überweisen.

Coblenz, 8. Jan. Die Stadtverordneten bewilligten für die zu Anfang des Jahres 1920 ausführend: Ueberbringung von Liebesgaben an die in Frankreich befindlichen kriegsgefangenen Coblenzer 1000 Mark, ferner die rationierten Kohlen bis zu zwei Zentnern monatlich für jeden Haushalt und genehmigten die dadurch notwendig werdende Ueberführung der Ausgabe der Kassenverwaltung für 1919 um etwa 15 000 M.

Köln, 8. Jan. Der wegen Verdachts des Gattenmordes verhaftete Fabrikarbeiter Gremer hat eingestanden, seine Ehefrau im Streit erschossen zu haben.

Reheim, 8. Jan. Hier sind elf Personen an den schwarzen Pocken erkrankt.

Hamburg, 8. Jan. Gestern Abend kam es vor dem Hamburger Rathaus bei einer unangemeldeten Massenkundgebung von Gewerkschaften und ihrem radikalen Anhang

zur Anwendung militärischer Abwehrmittel. Als die von keiner Fessel des Belagerungszustandes mehr behinderte Menge Mene machte, einer von ihr ins Rathaus gelangten Abordnung nachzubringen und die Drohgebärden zu beilegen, auch der Aufforderung zum Auseinandergehen keine Folge leistete, gaben die Sicherheitskräfte mehrere Warnungsschüsse ab. Erst jetzt zerstreute sich die von fliegenden Agitatoren an verschiedenen Stellen des Rathausmarktes aufgetriebene Menge. Verletzt wurde niemand.

Antwerpen, 5. Jan. Ein Betongewölbe im Gewicht von 50 000 Kilo stürzte auf das Personal einer Werkstätte herab, wobei 85 Personen verletzt wurden. 40 Verwundete wurden bereits geborgen, unter denen sich viele Schwerverletzte befinden.

Paris, 7. Jan. Zwischen Paris und Versailles, auf der Brücke von Saint Cloud, sind zwei Züge zusammengefahren. 20 Personen wurden verletzt, vier Wagen zerstört.

Mexico, 6. Jan. Das Erdbeben bei Veracruz hat 800 Opfer gefordert.

Vom Wein.

Aus den Weinbaugebieten. Der Weinverkauf ist im allgemeinen ruhig. Bezugs: ist die Nachfrage sehr stark. Mancherorts sind die Bestände sehr zurückgegangen, so daß kaum die Nachfrage zu befriedigen ist. Die Preise steigen weiter. Im Rheingau herrscht zurzeit starke Nachfrage nach 1918er und 1917er Weinen.

Leppenheim, 9. Jan. Der Weinverkauf ist im allgemeinen ruhig. Die Weine haben sich allseitig abwärts entwickelt, als man vermuten konnte, aber trotzdem entsprechen sie nicht den hohen Preisen. Der 1919er ist probierfähig, und überall wird jetzt mit dem ersten Wein begonnen. Die Besitzer geben fast nichts mehr her; sie verlangen dabei Preise, die nicht zu bezahlen sind. Kernenswerte Abschlässe finden noch nicht statt.

Vom Rhein, 8. Jan. Der hohe Säuregehalt macht viele 1919er Weine, insbesondere aus dem Gebiet der Mosel, aber auch aus anderen Weinregionen, ohne entsprechende Verbesserung als Konsumweine unbrauchbar. Die herrschende Zuckerknappheit ließ aber die Einhaltung der gesetzlichen Verbesserungsschritte, 31. Dezember 1919, nicht zu. Sichern Vernehmen nach wird deshalb in den nächsten Tagen eine Verlängerung der Zuckerschrift bis zum 30. Juni 1920 durch Verordnung erfolgen. Vielfach mußte zur Verbesserung zu ausländischem Zucker gegriffen werden, der, trotz Zuckerausfuhr von Sacharinfreier durch die Lieferer, nicht selten diesen nach dem deutschen Weingesetz, das nur die Verwendung technisch reiner Zuckers gestattet, verbotenen Stoffes enthält. Ein geringer Prozentsatz Sacharins aber verleiht dem damit bearbeiteten Getränk eine widerliche, nicht mehr zu behebende Säure. Zwischen Lieferanten und Verarbeitern sind aus diesem Anlaß in die vielen Millionen Mark gehende Streitigkeiten ausgebrochen. Die Reichsregierung hat dem am ausnahmsweise Gestattung sacharinhaltigen Zuckers zur Weinverbesserung nachsuchen den Wingerverband von Mosel, Saar und Ruwer ablehnenden Bescheid erteilt und die Hineingefallenen — da der so bearbeitete Wein verkehrsunfähig ist — auf Stellung von Anträgen an den Reichsanwalt, Bekanntmachung vom 28. März 1918 zur Erlaubnis der Verarbeitung dieser Getränke zu Weinbrand (Kognak) verwiesen.

Aus aller Welt.

Zimmer wieder Ehescheidungen. Aus den verschiedensten Gründen kommen Klagen über die außerordentliche Zunahme der Ehescheidungsprozesse. So meldete jüngst das Landgericht Leipzig, daß das Richterkollegium der Kammer kaum im Stande sei, seine Aufgaben zu bewältigen. Es sind in erster Linie die kriegsgefallenen Ehepaare, die alle Hebel in Bewegung setzen, auseinanderzukommen, was die Ansicht zu bestätigen scheint, daß sehr viele dieser Ehen nur geschlossen wurden, die Frau unterstützungsbedürftig werden zu lassen.

Lebte Nachrichten.

Am 10. Januar.

Paris, 9. Jan. Habas meldet: Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird Samstag, den 10. Januar, 4 Uhr nachmittags, im Ministerium des Äußeren stattfinden. Zugleich wird Herr v. Persner ein Schreiben Clemenceaus wegen des zu liefernden schwimmenden Materials übergeben werden. Die Vertreter der Mächte, die den Friedensvertrag unterzeichnet haben, werden der Unterzeichnung des Protokolls beizuhören.

Vom Eisenbahnverkehr.

Offen, 8. Jan. Die Lage im hiesigen Bezirke ist noch ungesichert. Von einem allgemeinen Ausstand kann jedenfalls noch keine Rede sein. Die Züge werden nach wie vor abgelassen. Eine Gewähr dafür, daß man aus Jül kommt und wieder zurückfahren kann, wird selbstverständlich nicht übernommen.

Kemischeld, 8. Jan. Nachdem vorgestern im Buppertal die Eisenbahner die Arbeit niedergelegt haben, sind gestern in Kemischeld und Lemmer die Eisenbahner ebenfalls in den Ausstand getreten.

Köln, 8. Jan. Bei den Eisenbahnarbeitern ist folgendes Telegramm aus Berlin eingetroffen:

„Heute (6. 1.) im Ministerium beschlossen für Stadtkreis Köln Handwerker 3,50 M.“

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Diese Zusage stellt die Forderung der Handwerker dar, bei deren Nichtbewilligung sie streiken würden. Da diese nun bewilligt ist, darf man annehmen, daß der Streik vermieden ist.

Keine neue Verkehrsperre.

Berlin, 8. Jan. Mündlich wird mitgeteilt: Die Nachricht eines hiesigen Korrespondenzbüros, wonach das Reichsverkehrsministerium eine neue Verkehrsperre beabsichtigt, entbehrt jeder Begründung.

Die deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenen-tätigkeit schreibt:

Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifizierung des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet Dehmaten zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager Worms, Griesheim, Düren, Jülich und Schwelm bei Aachen und zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug mit etwa 1000 Mann. Die beiden ersten Züge bestehen bereits, die drei letzten sind in wenigen Tagen unter Leitung der Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenen-tätigkeit befristungsfähig eingerichtet worden. Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Einlieferung und Ausstellung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt, aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit Ankunftsbenachrichtigung abzugeben. Ein förmlicher Empfang in den Lagern und gemeinsame Kundgebungen, sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen oder den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Ausschmückung der Bahnhöfe ist untersagt. Die Rückkehr der Gefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses festlich begangen werden. Jeder politische Anstrich muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Im Anschluß an die Rheinländer folgen die übrigen deutschen Gefangenen. Diese fahren durch das besetzte Gebiet unmittelbar in die Durchgangslager des unbesetzten Gebiets, von wo sie entlassen werden.

Frankfurt a. M., 8. Jan. Die hier errichtete Kriegswunderabteilung bei der Corpsbezirksregierung ist einer Reihe schwerer Wunden und Verwundungen bei der Lieferung von Heeresmaterial auf der Spur. Sie hat bereits den einen Inhaber der Munitionsfabrik Gebrüder Heilberger, der vor dem Kriege eine Schlosserei betrieb und jetzt samt seinem Bruder auf großem Fuß lebt, sowie den Proturisten Hopp und den Regierungsbaumeister Grupp verhaftet. Es soll von der Firma Heilberger zur Verbedung der Wunden: gleit ihrer Lieferungen eine große Zahl der Beamten der Geheimschreiberei in Siegen bestochen worden sein.

Köln, 9. Jan. Das Schwurgericht von Lüttich verurteilte wegen Fleischlieferungen an die deutsche Heeresverwaltung während der Belagerung 21 dortige Fleischer zu Schadenersatz an den belgischen Staat mit Beträgen, die von 15 000 bis 1 200 000 Franken gehen, wobei die Mehrzahl der Verurteilten von den schweren Summen getroffen wird. Auf eine Anzahl anderer Fleischer, die schuldig geworden sind, fällt neben einer Verurteilung zu lebenslänglicher Haft die Leistung eines Schadenersatzes von 10 Millionen, wofür sie gemeinbürgerschaftlich haften. Auch jene 21 haben Freiheitsstrafen erhalten.

Rom, 9. Jan. Der preussische Gesandte beim Vatikan v. Ritter ist gestern vom Papst empfangen worden.

Der Händler solls sein.

Die „Rheinische Zeitung“ stellt folgende Betrachtungen an:

Es kann nicht mehr lange so weitergehen wie bisher; von Tag zu Tag steigen die Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse ins Ungemessene, und alle Lohn- und Gehaltssteigerungen können auch nicht annähernd die Erhöhung der Preise nachkommen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat überhaupt nur einen sehr mäßigen oder gar keinen Anteil an der Erhöhung des Einkommens und ist daher bei einer Lebenshaltung angelangt, die zur völligen Verelendung führt. Die Erbschaften früherer Zeiten werden rasch aufgefressen und das Ende ist da. In erster Linie gilt das für alle Beamtenkreise und kleinen Rentner, zu denen vor allem auch die Alters- und Invalidenrentner gehören. Diese haben in früheren Zeiten ihre Beträge nach dem damaligen Geldwerte bezahlt,

um eine entsprechende Rente gleichen Geldwertes zu erhalten. Heute beträgt dieser Geldwert noch nicht ein Fünftel, so daß sie für ihre damaligen Leistungen tatsächlich noch nicht den fünften Teil dessen erhalten, was ihnen nach dem Gesetz zusteht. Sie sind also um den vierten Teil betrogen. Ebenso steht es mit den Rentnern. Aber auch die Lohn- und Gehaltsempfänger sind übel dran. Alle Erhöhung der Löhne führt zu nichts, so lange die Preise rascher steigen als diese, wie es tatsächlich der Fall ist. Woher kommt das? Es kommt einfach daher, daß der Händler die Lage beherrscht, und es wird keine Besserung eintreten, ehe man nicht diese Macht in die gebührenden Grenzen zurückweist. Man sehe sich nur im alltäglichen Leben um; alle Händler werden dick und fett, sie schwimmen im Gelde, bis herunter zu den Ladenbesitzern, bis herunter zum kleinen Krämer. Die Kalkulation ist sehr einfach; sie schlagen einfach auf die erhöhten Selbstkosten den alten Gewinnprozentsatz auf, und schon ist der Gewinn um ebensoviele Prozent erhöht, als es die Selbstkosten sind. Diesen erhöhten Gewinn muß der Konsument tragen, und so eilen die Preise immer seinem Einkommen voraus. Und das ist noch der mildeste Fall; auch die Gewinnprozente werden erhöht; durch Zwischen- und Kettenhandel wird der Gesamtgewinn an der erzeugten Ware ins Ungemessene gesteigert. Die arbeitende Bevölkerung wird durch den Händler ausgeplündert.

Hier muß eingegriffen werden, hier in erster Linie, im Handel; während alle Sozialisierungsbestrebungen sich fast nur auf die Industrie erstrecken, fassen sie das Uebel nicht an der Wurzel, die im Handel zu finden ist, in der Verteilung der Produkte. Ein Beispiel: vor dem Kriege kostete ein Paar Stiefel in der Fabrik 9 Mark, wofür der Schuhfabrikant 50 bis 60 Pfennig verdiente. Im Laden bezahlte man für dasselbe Paar 17 Mark. Der Aufschlag betrug also das Fünffache bis Sechsfache des Fabrikantenvermögens. Und so in allen Dingen. Heute liegen die Verhältnisse noch viel schlimmer. Was nützt es dem Konsumenten wenn er dem Fabrikanten die 50 Pfennig Gewinn wegnimmt, so lange die Verteilung durch den Handel acht Mark kostet? Unsere Industrie, man mag sagen gegen sie, was man will, bemüht sich aus allen Kräften, wieder hochzukommen, der Handel aber erschwert die Arbeit aufs Äußerste, indem er zu immer neuen Lohnsteigerungen zwingt, von denen er allein den Vorteil hat, und indem er die Preise der Materialien durch das Kettenstehen immer mehr steigert.

Die „Rhein. Ztg.“ empfiehlt sodann noch Beseitigung dieser Mißstände durch Aufhebung des gesamten Zwischen- und Kleinhandels und den An- und Verkauf der Waren durch den Staat, die dieser direkt von den Produzenten kauft und durch sachmännische Beamte, Ingenieure, Kaufleute und Arbeiter an das Publikum verkauft.

Uns scheint, als ob dieser neue Zustand, den die „Rhein. Ztg.“ herbeiseht, ärger wäre, als der alte. Wir machen nämlich auf diese Weise mehrere Millionen Händler und Kleinläufer brotlos und schaffen an ihrer Stelle mehrere Millionen neuer gehalts- und pensionsberechtigter Staatsbeamte, die die berückichtigte Kriegswirtschaft auf neue einführen. Die Preise aber würden nicht beträchtlich sinken, weil ein kleiner Teil der Fenerung auf die Gewinne der Händler fällt, während der größte Teil durch die zuere Einfuhr infolge unserer schlechten Valuta gedeckt wird. Ein Pfund Käse, das in Holland einen Gulden kostet, wird in Deutschland immer mindestens zwanzig Mark kosten, ob der Käse nun durch Händler oder durch Staatsbeamte verkauft wird. Wir fürchten sogar, er wird im letzteren Falle noch teurer werden.

Verantwortlich für den politischen Teil Fritz Kober für den lokalen und vermittelten Teil Karl Schmidt für den Anzeigen- und Reklameteil M. Rausch, hiesig Oberlehrer. Druck und Verlag der Buchdruckerei Fr. Schödel (Znd. Fr. Kober) Oberlehrer.

Börsenkurse am 6. Januar 1920

mitgeteilt von der Kassanischen Landesbank.	
Deutsche Reichsanleihe	77,80
„ „ „	60,80
„ „ „	58, —
„ „ „	50,50
„ „ „	51, —
„ „ „	51,80
„ „ „	71,50
„ „ „	—
„ „ „	—
„ „ „	52,10
„ „ „	56, —
„ „ „	58, —
„ „ „	105,00
„ „ „	102,50
„ „ „	101,50
„ „ „	98,50
„ „ „	91,50
„ „ „	99,50
„ „ „	96,50
„ „ „	96, —
„ „ „	98, —
„ „ „	91,50
„ „ „	87,50
„ „ „	85,50
„ „ „	83,50
„ „ „	79,50

„Auf Wunsch sofort“

erhalten Sie das „Lohnsteiner Tagesblatt“ zugestellt. Bestellen Sie bei unseren Boten, Agenten oder bei der Post.

billig zu verkaufen
H.-Lohst, Hünser